



Wenn Ameisen sich einigen, dann können sie Elefanten transportieren

Newsletter Nr. 135

7. Februar 2020

Liebe DBFG-Mitglieder,

ein überaus interessanter Bericht der International Crisis Group zur Situation in Burkina Faso ist es u.E. nach wert, einen eigenen Newsletter zu bekommen.

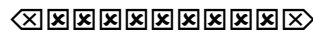
Wir danken Günther Lanier für die Zusage und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße,

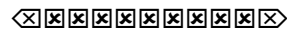
Ihr

Christoph Straub,

Vorsitzender der DBFG.

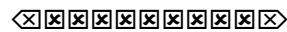


Jörg Lange ist seit 668 Tagen in den Händen seiner Kidnapper. Wir denken an ihn, seine Familie und seine Freunde sowie an alle anderen Menschen, die von Verbrechern – egal, wie sie sich nennen – ihrer Freiheit beraubt wurden.



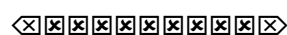
Bitte vormerken:

Die **Mitgliederversammlung 2020** findet am 7. März 2020 in München statt.



SAVE THE DATE
African Book Festival Berlin
"Telling the Origin Stories"
17. bis 19. April 2020

*Das African Book Festival versammelt jährlich die bekanntesten Autor*innen und Künstler*innen aus Afrika und der Diaspora zu Vorträgen, Diskussionsrunden, Lesungen, Interviews, Theater und Spoken Word Performances. Dieses Jahr liegt der Fokus auf dem lusophonen Sprachraum unter der künstlerischen Leitung des angolanischen Autors und Musikers Kalaf Epalanga.*



Kulturelle Afrikaveranstaltungen im deutschsprachigen Raum

Terminübersicht 2019 / 2020

seit 16.03.19	Ausstellung: Wo ist Afrika	Stuttgart
---------------	----------------------------	-----------

	https://www.lindenmuseum.de/	Linden-Museum
22.11.2019 - 15.03.2020	Afrika-Ausstellung „Fiktion Kongo – Kunstwelten zwischen Geschichte und Gegenwart“	Zürich Museum Rietberg, Gablerstr. 15
27.05. - 01.06.	Afro-Pfingsten www.afropfingsten.ch	Winterthur (CH)
29.05. - 01.06.	Africa Festival www.africafestiva.org	Würzburg
29.05. - 01.06.	Afrika Karibik Kultur Fetsival	Starnberg Seepromenade
03.07.- 05.07.	Afrikafestival im Schlosspark	Minig (A) Schloss Mamling
16.07. - 19.07.	Afrika Karibik Fest	Wassertrüdingen
17.07. - 19.07.	Afrika Tage	Landshut
17.07. - 19.07.	Salsafestival	Hamburg
17.07. - 03.08.	Afrika Tage	Wien (A)
14.08. – 16.08.	Afrikafest	Deggendorf
17.09. - 27.09.	Afrika Film Festival	Köln

Die Angaben sind dem Afrika-Magazin LoNam (www.lonam.de) sowie der Website Afroport (www.afroport.de) entnommen.

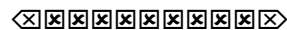
Ständige Fernsehsendungen zu Afrika

TV5MONDE: Täglich 0:40 Uhr und 1:20 Uhr: Le Journal Afrique. Afrika-Nachrichten

BBC: Wochentags 18:30 Uhr: BBC Focus on Africa. Nachrichten aus Wirtschaft, Kultur und Sport

Samstags 18:30 Uhr: In Business Africa. Wirtschaftsmagazin

Bernhard Geiselmann



Burkina Faso: Sicherung von Wahlen in der Krise.

Während Burkina Fasos Konflikt im ländlichen Bereich wütet, wird das Land auch von städtischen Unruhen heimgesucht. In diesem Auszug aus unserer Beobachtungsliste 2020 für europäische Entscheidungsträger fordert die Crisis Group die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Wahlvorbereitungen zu unterstützen und die Regierung zu ermutigen, sich der Krise auf dem Land zu widmen.

Dieser Kommentar ist Teil unserer Beobachtungsliste 2020.

2019 war ein schlechtes Jahr für Burkina Faso. Die Zusammenstöße zwischen Dschihadisten auf der einen Seite und dem Staat und ethnischen Bürgerwehren auf der anderen Seite forderten laut ACLED (Armed Conflict Location and Event Data Project) etwa 2.000 Menschenleben, was einer Versechsfachung gegenüber 2018 entspricht. Die Sicherheitskräfte waren nicht in der Lage, den Vormarsch der Militanten aus eigener Kraft zu stoppen, da sie sich mehr und mehr auf Bürgerwehren oder "Selbstverteidigungs"-Milizen, wie sie sich selbst nennen, verlassen, von denen einige in Massaker verwickelt sind. Die Kämpfe haben eine der dringendsten humanitären Krisen in Westafrika ausgelöst. Da sich die Gewalt vom Norden des Landes in den Osten und Südwesten ausbreitet, hat sie mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben, mehr als dreizehn Mal so viele wie im Jahr 2018. In der Zwischenzeit kam

es im ganzen Land, insbesondere in der Hauptstadt Ouagadougou, zu friedlichen und anderen Demonstrationen, bei denen die Bürger die Regierung wegen ihres Versagens bei der Erzielung sozioökonomischer Vorteile und ihres ineffektiven Umgangs mit dem Konflikt auf dem Land scharf kritisierten.

Zu Beginn des Jahres 2020 drohen diese Probleme zusammen mit den Machtkämpfen der Elite die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November zum Scheitern zu bringen. Im Vorfeld der Wahlen werden die Politiker wahrscheinlich Allianzen mit Selbstschutzgruppen suchen, deren lokale Popularität und Fähigkeit zur Einschüchterung der Wähler die Ergebnisse beeinflussen könnten. Unter enormem Druck sind die Behörden möglicherweise nicht in der Lage oder nicht willens, glaubwürdige Wahlen zu organisieren. Sie sollten sich darauf konzentrieren, für Sicherheit in ländlichen Gebieten zu sorgen, nicht nur, um sicherzustellen, dass die Wahlen rechtzeitig und mit minimaler Unterbrechung stattfinden, sondern auch, weil die Wiederherstellung der Sicherheit auf dem Land der Schlüssel für längerfristige Stabilität ist. Trotz des bevorstehenden Wahlkampfes und der bevorstehenden Wahlen sollten sich sowohl Regierung als auch Opposition weiterhin auf die Bewältigung einer Krise konzentrieren, die das gesamte politische System und damit ihre jeweiligen Interessen bedroht.

Um die Sicherheit in Burkina Faso zu stärken und die Chancen für eine rechtzeitige und friedliche Abstimmung zu maximieren, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten:

- den burkinischen Behörden helfen, einen nationalen Plan zur Lösung der kommunalen Streitigkeiten über Land und natürliche Ressourcen zu entwickeln, die die dschihadistische Expansion vorantreiben; auch wenn ein Plan für ein so heikles Thema wahrscheinlich nicht vor den Wahlen abgeschlossen und angenommen wird, sollte die Regierung mit dem Beginn der Arbeit nicht bis nach den Wahlen warten.
- Verstärkte humanitäre Hilfe in Zusammenarbeit mit den UN-Organisationen und NGOs, insbesondere in den nördlichen Regionen, wo die Zahl der Vertriebenen und der Menschen mit Nahrungsmittelunsicherheit am höchsten ist und wo die kommunalen Spannungen in überfüllten Gemeinden zunehmen könnten.
- Zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Westafrika und die Sahelzone (UNOWAS), der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und der Afrikanischen Union (AU) Bemühungen anführen, um die Regierung und die Opposition zum Dialog zu bewegen, wobei die Notwendigkeit betont wird, dass sich alle auf die Wahlvorbereitungen und die Verringerung der politischen Gewalt, insbesondere der kommunalen Zusammenstöße, einigen müssen.
- die Wahlvorbereitungen zu unterstützen, ohne die Bedeutung der Verbesserung der Sicherheit auf dem Lande aus den Augen zu verlieren. Die EU sollte aus den Wahlen in Mali im Jahr 2018 lernen, als die Fristen für die Wahlen die Agenda der Regierung einseitig beherrschten und die Geberprogramme monatelang eingefroren werden mussten, bis ein neuer Präsident vereidigt wurde.
- die burkinischen Behörden sollten darauf drängen, die Missbräuche der Streitkräfte einzudämmen und die Beteiligung von Selbstverteidigungsgruppen (Koglweogo) an der Aufstandsbekämpfung einzuschränken. Eine Verbesserung der Bedingungen für die in der Nähe der Kampfzonen eingesetzten Truppen wäre hilfreich. Als Gegenleistung für eine verstärkte materielle Unterstützung aus Europa sollte Ouagadougou interne Kontrollmechanismen innerhalb der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte entwickeln, um Missbräuche einzuschränken.

Ausbreitung der Gewalt im ländlichen Bereich

Trotz der Aufstandsbekämpfungsoperationen im Norden und Osten nahmen die dschihadistischen Angriffe in Burkina Faso im Laufe des Jahres 2019 zu. Die Militanten versuchen, die überlasteten Sicherheitskräfte zu zermürben, indem sie auf

Polizeiwachen und Militärposten zielen, Transportkonvois aus dem Hinterhalt überfallen und Brücken in die Luft sprengen, um den Zugang zu den Städten abzuschneiden, und gleichzeitig Gräueltaten an der Zivilbevölkerung verüben. Die Zahl der Todesopfer im vergangenen Jahr überstieg diejenige in Mali, das lange als offenes Wundmal in der Sahelzone galt. Die Krise hat zur erzwungenen Schließung von über 2.000 Schulen geführt. Schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen benötigen dringend humanitäre Hilfe. Die Behörden haben den Ausnahmezustand in praktisch allen an Mali und Niger angrenzenden Regionen ausgeweitet und Frankreich und die regionale G5 Sahel Joint Force sowie die ECOWAS-Partner aufgefordert, zusätzliche Unterstützung zu leisten.

Die Dschihadisten sind die Hauptverantwortlichen für die Tötung von Zivilisten, aber die staatlichen Sicherheitskräfte und die Bürgerwehr sind für einen Großteil der Tötungen verantwortlich. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen hat das burkinische Militär bei Operationen zur Aufstandsbekämpfung Zivilisten getötet, während alliierte Bürgerwehren (zusammen mit Mobs) im Januar 2019 in Yirgou und zwei Monate später in Arbinda unbewaffnete lokale Gemeinden der ethnischen Gruppe der Fulani massakrierten. Oft sind die genauen Ursachen der lokalen Gewalt unklar, was zum Teil auf das Fehlen ernsthafter Untersuchungen zurückzuführen ist.

Die Kampagne zur Aufstandsbekämpfung läuft Gefahr, genau die Faktoren - Zusammenbrüche des sozialen Zusammenhalts auf dem Land inmitten von Auseinandersetzungen um Land und andere natürliche Ressourcen - zu verschärfen, die das Land in diese Zwangslage gebracht haben. Die lokalen Behörden scheinen in dem Maße, wie sich die Streitigkeiten vervielfachen, unwirksam oder sogar räuberisch zu sein. Inmitten des eskalierenden Banditentums und anderer Gewalt haben "Selbstverteidigungs"-Milizen wie die Koglweogo als alternative Anbieter von Recht und Ordnung an Boden gewonnen. Doch die Versuche der Koglweogo, die Gerechtigkeit in die eigenen Hände zu nehmen, haben zu kommunalen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen ihnen und der Ethnie der Fulani, geführt, die das ohnehin schon angespannte Verhältnis trüben. Die Regierung sollte einen Weg finden, die Konflikte auf dem Land zu bewältigen, wenn sie den Anstieg der Bildung von Bürgerwehren und der Selbstjustiz umkehren will.

Während sich die Gewalt vor allem in der Sahelzone und in der Region Centre-Nord unbehindert festsetzt, wo 65 Prozent der Todesopfer von 2019 zu beklagen sind, flieht die Zivilbevölkerung in die Gemeinden. Die Städte in diesen beiden Regionen beherbergen inzwischen mehr als drei Viertel der Binnenvertriebenen des Landes - und ihre Ressourcen sind bis an die Grenze ausgereizt. Die EU sollte die Bereitstellung humanitärer Hilfe für diese gefährdeten Gebiete koordinieren, damit der Zustrom von Vertriebenen nicht selbst weitere Konflikte auslöst.

Soziale und politische Auseinandersetzung

Während der Konflikt auf dem Land wütet, wird das Land auch von städtischen Unruhen heimgesucht, mit über 150 Protesten und Unruhen im vergangenen Jahr. Die Gewerkschaften äußern ihre Unzufriedenheit mit den prekären Lebensbedingungen und dem Mangel an wirtschaftlichen Reformen. Organisationen der Zivilgesellschaft und Oppositionspolitiker machen die Ineffizienz der Regierung bei der Eindämmung der Unsicherheit deutlich und verweisen auf einen Angriff auf den Militärposten in Koutougou, bei dem 24 Soldaten getötet wurden, und einen weiteren auf die Angestellten der Goldmine Bongou, die zur Arbeit gehen. Die wichtigste Oppositionspartei, die Union pour le Progrès et le Changement, ging so weit, nach dem Angriff in Koutougou den Rücktritt der Regierung zu fordern.

Angesichts der Kritik hat die Regierung zunehmend auf Repressionen zurückgegriffen. Im Juni führte sie ein Gesetz ein, das auf die Sanktionierung von Handlungen abzielt, die ihrer Ansicht nach die Moral der Streitkräfte verderben. Die Behörden verhafteten den Aktivist Naim Touré ohne Haftbefehl, weil er Soldaten über soziale Medien "demoralisiert" hatte, und ließen ihn zwei Tage später wieder frei. Die Behörden haben

die Patriotische Front für Erneuerung, eine kleine Oppositionspartei, die nicht in der Nationalversammlung vertreten ist, vorübergehend suspendiert (und ihr für drei Monate jegliche politische Tätigkeit untersagt), weil sie die Regierung zum Rücktritt aufgefordert hat, weil sie es nicht geschafft hat, "die Nation zu sichern". Diese und andere Maßnahmen der Regierung werfen die Befürchtung auf, dass ihre Kampagne gegen die Dschihadisten als Vorwand dienen könnte, um gegen alle kritischen Stimmen vorzugehen. In der Zwischenzeit hat die regierende Volksbewegung für den Fortschritt die Anschuldigungen gegen Verbündete des im Exil lebenden ehemaligen Präsidenten Blaise Compaoré wieder aufgegriffen und sie der Verschwörung gegen die Regierung beschuldigt.

Präsident Roch Marc Christian Kaboré hat einige Versuche unternommen, einen Konsens zu finden, etwa im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, aber diese könnten nicht ausreichen, um eine glaubwürdige Abstimmung zu garantieren. Im Juli nahm er einen Dialog mit den Oppositionsparteien darüber auf, wie die Unsicherheit angegangen, das Wahlgesetz reformiert, der Wahlkalender festgelegt, ein verzögertes Referendum über die Verfassungsreform angesetzt und das Wahlrecht für die burkinische Diaspora geklärt werden kann. Die Regierungspartei und die Opposition erzielten einen Konsens über die Sicherheit und den Zeitpunkt der Wahlen, was Anlass zu einem gewissen Optimismus gibt. Doch die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierungspartei und der Opposition über einen nationalen Versöhnungsprozess, der Compaorés mögliche Rückkehr ins Land nach sich ziehen würde (Compaoré will sich angeblich in seinem Heimatdorf zur Ruhe setzen), sind nach wie vor ungelöst.

Wahlkampfisiken und -chancen

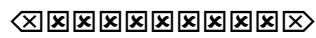
Inmitten dieser Spannungen könnte der Aufruf von Präsident Kaboré im November an die Bürger, sich freiwillig an den Bemühungen der Armee zur Aufstandsbekämpfung zu beteiligen, die Lage noch verschlimmern. Erstens erhöht die Bewaffnung ungeschulter Zivilisten das Risiko von Übergriffen. Zweitens könnte die Mobilisierung der Zivilbevölkerung die bereits bestehenden Spaltungen zwischen den lokalen Gemeinschaften verschlimmern. Ein am 21. Januar vom burkinischen Parlament verabschiedetes Gesetz zur Einsetzung von Freiwilligen der Nationalen Verteidigung beschränkt ihre Bewaffnung und ihre Rolle auf Verteidigungsmissionen, aber der Staat ist immer noch nicht in der Lage, Rekruten effizient zu überwachen und Missbräuche zu verhindern. Drittens könnte es politische Spannungen schüren, wenn die Parteien - und insbesondere die Regierungspartei - versuchen, diese Freiwilligen für politische Zwecke einzusetzen. Ein Dialog zwischen Regierung und Opposition über dieses spezielle Thema ist notwendig, um dieses Ergebnis zu vermeiden, aber es ist unwahrscheinlich, dass er stattfindet, solange das Misstrauen zwischen den politischen Parteien stark ist.

Die EU sollte in Abstimmung mit UNOWAS, ECOWAS und AU die Regierung und die Opposition dazu ermutigen, den in diesem Sommer begonnenen politischen Dialog fortzusetzen, der auf die Organisation legitimer und friedlicher Wahlen im Jahr 2020 abzielt. Im Moment scheint es unwahrscheinlich, dass die EU Wahlbeobachter entsenden wird. Dennoch könnte eine Beobachtungsmission eine Rolle bei der Abschreckung von Gewalt im Umfeld der Wahlen spielen.

Auch während der Wahlvorbereitungen sollte die EU die Regierung dazu ermutigen, sich mit aller Kraft der Krise auf dem Land zu widmen. Die EU sollte aus den Erfahrungen mit den Wahlen in Mali im Jahr 2018 lernen, als der Wettlauf um die Einhaltung der Wahlfristen die gesamte Aufmerksamkeit der Regierung absorbierte und die Kooperationsprogramme der internationalen Partner für Monate zum Stillstand brachte. Insbesondere sollte die EU als Entwicklungsakteur die Regierung weiterhin dabei unterstützen, das Risiko kommunaler Zusammenstöße in ländlichen Gebieten zu verringern, indem sie einen neuen Ansatz der Regierungsführung fördert. Dazu gehört auch die Unterstützung der Behörden bei der Durchführung von Landreformen und der Förderung spezifischer Formen der Regierungsführung in nomadischen Gebieten. Aus sicherheitspolitischer Sicht könnte die EU ihre materielle Unterstützung verstärken, um die Bedingungen der an der Front eingesetzten burkinischen Truppen zu verbessern,

aber im Gegenzug sollte sie die Behörden ermutigen, robustere und wirksamere Mechanismen der Rechenschaftspflicht zu entwickeln, um die übermäßige Anwendung von Gewalt durch Verteidigungs- und Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung zu begrenzen.

Quelle: International Crisis Group (ICG) vom 28.01.20 / Übersetzung: Christoph Straub



Impressum: Deutsch-Burkinische Freundschaftsgesellschaft e.V. www.dbfk.de

Vorsitzender: Christoph Straub, Kallmorgenstr. 8, 76229 Karlsruhe

Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung des Vorstandes der DBFG wieder.